

Schriften zum Verfahrensrecht

Schriften zum Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Jens Adolphsen, Peter Gottwald und Ulrich Haas

Band 47

Anne Hoßfeld

Die Abtretung schieds- und gerichtsstandsgebundener Forderungen

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel	
Einleitung und geschichtlicher Überblick	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Gang der Untersuchung	2
§ 3 Geschichtlicher Überblick	2
2. Kapitel	
Die rechtliche Einordnung der Schiedsvereinbarung	8
§ 4 Die Verfassungskonformität der Schiedsvereinbarung	8
A. Allgemeines	8
B. Vereinbarkeit der Schiedsgerichtsbarkeit mit dem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention	9
I. Artikel 92 GG	9
1. Formeller Rechtsprechungsbegriff	10
2. Materieller Rechtsprechungsbegriff	11
3. Stellungnahme	12
II. Artikel 101 Abs. 1 S. 2 GG	13
1. Schiedsgerichtsbarkeit als Verzicht auf den gesetzlichen Richter	14
2. Die Schiedsgerichtsbarkeit als Entzug des gesetzlichen Richters	18
3. Inhaltliche Ausgestaltung	21
III. Artikel 6 EMRK	23
1. Rang und Geltung der EMRK	23
2. Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK	24
3. Schlussfolgerung	25
C. Zwischenergebnis	26
§ 5 Zustandekommen und Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	27
A. Zustandekommen der Schiedsvereinbarung	27

I. Regelungen in ZPO und BGB	27
II. Rechtsgeschäftlicher Abschluss der Schiedsvereinbarung durch den Zessionar	28
III. Begründung der schiedsgerichtlichen Bindung nach § 1066 ZPO	30
IV. Zwischenergebnis	30
B. Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	31
I. Die Schiedsvereinbarung als materiell-rechtlicher Vertrag	31
II. Die Schiedsvereinbarung als Prozessvertrag mit Bezügen zum materiellen Recht	32
3. Kapitel	
Die Bindung des Zessionars an die Schiedsvereinbarung	35
§ 7 Bindung des Zessionars an die Schiedsvereinbarung nach prozessualen Vorschriften	35
A. Analoge Anwendung der §§ 265, 325, 727 ZPO	35
I. Direkter Anwendungsbereich der §§ 265, 325, 727	38
B. Stellungnahme	40
I. Gutgläubigkeit lediglich bezüglich der Rechtshängigkeit	40
II. Gutgläubigkeit bezüglich des materiellen Rechts	42
III. Folgen für die analoge Anwendung der §§ 265, 325, 727 ZPO . .	44
IV. Zwischenergebnis	45
§ 8 Bindung des Zessionars an die Schiedsvereinbarung nach materiellen Vorschriften	46
A. Bindung des Zessionars nach § 398 BGB	46
I. Die Schiedsvereinbarung als Bestandteil/Eigenschaft der abgetretenen Forderung	46
1. Verhältnis von Forderung und Schiedsvereinbarung unter Berücksichtigung des Trennungsprinzips („separability doctrine“)	49
2. Folgerungen aus dem Trennungsprinzip für die Anwendbarkeit des § 398 BGB	52
a) Hintergrund des Trennungsprinzips	52
b) Sonstige Auswirkungen der rechtlichen Trennung von Schiedsvereinbarung und Forderung	53
c) Sonstige Erwägungen	55

II.	Zwischenergebnis	58
B.	Bindung des Zessionars nach § 404 BGB	58
C.	Bindung des Zessionars nach § 401 Abs. 1 BGB	58
I.	Übersicht über den Meinungsstand	59
1.	Rechtsprechung des Reichsgerichts	59
2.	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	60
3.	Ansicht der Literatur	61
II.	Anwendungsbereich des § 401 BGB	62
1.	Regelungsinhalt des § 401 BGB	62
2.	Die Schiedsvereinbarung als Nebenrecht	66
a)	Willentheorie	67
b)	Zwecktheorie	67
c)	Normsetzungstheorie	69
d)	Eigene Wertung	70
3.	Regelungszweck des § 401 BGB	73
a)	Erhalt des wirtschaftlichen Vollwerts	74
b)	Beibehalten einer Rechtszuständigkeit	77
III.	Zwischenergebnis	79
D.	Genereller Ausschluss des automatischen Übergangs der Schiedsvereinbarung	80
I.	Vertrag zu Lasten Dritter	80
II.	Wertungen der Regelungen zur Vertragsübernahme	81
III.	Zwischenergebnis	83
E.	Bindung des Zessionars im Rahmen einer Gesamtanalogie nach §§ 398 ff. BGB	83
I.	Begriff der Gesamtanalogie	83
II.	Anwendung auf die Vorschriften der Forderungsabtretung	84
III.	Zwischenergebnis	90
IV.	Mögliche entgegenstehende Rechte des Zessionars	90
§ 9	Unübertragbarkeit der Forderung	92
A.	Unabtretbarkeit der Forderung nach § 399 Alt. 1 BGB	92
B.	Unabtretbarkeit der Forderung nach § 399 Alt. 2 BGB	95
I.	Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen	95
II.	Dingliche Wirkung der Verfügungsbeschränkung	97
III.	Konkludentes Abtretungsverbot	99
IV.	Bewertung anhand der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre	101
1.	Zweck der Schiedsvereinbarung	103

2. Interessenlage der Parteien	104
3. Wille der Parteien	106
V. Anwendbarkeit des § 354a HGB	112
VI. Zwischenergebnis	116
§ 10 Ergebnisse der § 8 und § 9 und Schlussfolgerungen hieraus	116
A. Zusammenfassung	116
B. Schlussfolgerungen	117
4. Kapitel	
Rechtsstellung des Zessionars nach beiden Lösungswegen	119
§ 11 Ansprüche des Zessionars gegen den Schuldner bei Annahme der Unabtretbarkeit der Forderung gem. § 399 Alt. 2 BGB	119
A. Primäransprüche	119
I. Anspruch des Zessionars auf Übertragung der Forderung ohne Bindung an die Schiedsvereinbarung gem. §§ 453 Abs. 1, 433 Abs. 1 BGB	119
II. Anspruch des Zessionars auf Übertragung der Forderung ohne Bindung an die Schiedsvereinbarung gem. §§ 453 Abs. 1, 433 Abs. 1, 405 BGB	120
B. Sekundäransprüche	121
I. Schadensersatz statt der Leistung gem. §§ 280, 275, 311a BGB .	121
III. Ansprüche aus culpa in contrahendo (cic) gem. §§ 249, 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB	128
1. Verletzung von Aufklärungspflichten	129
2. Vertretenmüssen	131
3. Schadensersatz durch Vertragsanpassung?	131
C. Sonstige Möglichkeiten, den Forderungsübergang herbeizuführen	134
I. Übergang durch Erklärung des Zessionars ggü dem Zedenten und/oder dem Schuldner, an die Schiedsvereinbarung gebunden sein zu wollen	135
II. Übertragung der Forderung auf den Zessionar unter Bindung an die Schiedsvereinbarung im Rahmen der Vertragsanpassung nach § 313 BGB	136

III. Anspruch des Zessionars auf Vertragsanpassung nach § 242 BGB	137
D. Zwischenergebnis	140
E. Schlussfolgerungen	140
§ 12 Ansprüche des Zessionars gegen den Schuldner bei Annahme einer automatischen Bindung des Zessionars an die Schiedsvereinbarung anlässlich der Forderungsabtretung gem. §§ 398 ff. BGB	141
A. Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung	141
B. Sonstige Ansprüche des Zessionars aufgrund der Bindung an die Schiedsvereinbarung	143
I. Anspruch des Zessionars nach den Vorschriften über die Mängelgewährleistung beim Forderungskauf gem. §§ 453 Abs. 1, 433 Abs. 1, 434 Abs. 1, 435 BGB	143
1. Vorliegen eines Rechtsmangels	143
2. Vorliegen eines Sachmangels	146
a) Die Schiedsvereinbarung als Beschaffenheit der Forderung	146
b) Die Schiedsvereinbarung als Mangel der Forderung	152
c) Ausschluss der Sachmängelgewährleistung (auch) aus systematischen Erwägungen	155
II. Ansprüche des Zessionars nach §§ 119 ff. BGB	157
1. Vorrang des Sachmängelgewährleistungsrechts	157
2. Vorliegen einer verkehrswesentlichen Eigenschaft	158
a) Die Schiedsvereinbarung als Eigenschaft der Forderung	159
b) Die Verkehrswesentlichkeit der Schiedsvereinbarung	162
3. Zwischenergebnis	164
III. Ansprüche des Zessionars aus culpa in contrahendo (cic) gem. §§ 249, 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB	165
C. Zwischenergebnis	168
§ 13 Abwägung	168
A. Fälle einer automatischen Bindung des Zessionars trotz erfolgter Anfechtung	169
I. Bei nicht erfolgter Leistung des Schuldners auf die Forderung	170
II. Bei Leistungen, die in Bestimmung und/oder Höhe streitig sind	171
1. Möglichkeit der Streitverkündung	172

2.	Anwendung auf den konkreten Fall	174
3.	Zwischenergebnis	176
B.	Vorteile einer automatischen Bindung des Zessionars	176
I.	Keine Unsicherheiten bezüglich der Forderungsinhaberschaft ..	176
II.	Wahlmöglichkeit in Bezug auf die Rechtsfolgen der automatischen Bindung	177
III.	Wahrscheinlichkeit einer ungewollten Inanspruchnahme vor dem Schiedsgericht	178
C.	Vereinbarkeit der automatischen Bindung mit verfassungs- rechtlichen und sonstigen gesetzlichen Vorgaben	181
I.	Wille des Zessionars	181
II.	Schriftform	182
1.	Rechtsprechung und herrschende Lehre	182
2.	Auseinandersetzung mit der Argumentation der herrschenden Meinung	183
a)	Wille des Gesetzgebers/ Wortlaut	183
b)	Automatischer Übergang der Schiedsvereinbarung mit der Forderung	185
3.	Eigener Ansatz	186
a)	Ausschluss des § 1031 ZPO durch § 1066 ZPO	186
b)	Anwendbarkeit des § 1031 ZPO auf eine nach § 1066 ZPO begründete Schiedsvereinbarung	187
c)	Warn- und Schutzfunktion	189
D.	Schlussfazit	193
§ 14	Endergebnis	195
5.	Kapitel	
Die	Gerichtsstandsvereinbarung	197
§ 15	Einleitung und geschichtlicher Überblick	197
§ 16	Gang der Untersuchung	198
§ 17	Rechtliche Einordnung und Wesen der Gerichtsstands- vereinbarung im Kontext der gesetzlichen Zuständigkeits- ordnung der Gerichte	199
A.	Die sachliche und örtliche Zuständigkeit nach ZPO und GVG ..	199

B.	Wesen und Inhalt der Gerichtsstandsvereinbarung	203
C.	Übertragbarkeit der zur Schiedsvereinbarung erarbeiteten Grundsätze auf die Gerichtsstandsvereinbarung	204
	I. Verfassungskonformität der Gerichtsstandsvereinbarung	204
	II. Zustandekommen und Natur der Gerichtsstandsvereinbarung	206
III.	Bindung des Zessionars an die Gerichtsstandsvereinbarung nach prozessualen Vorschriften	207
IV.	Bindung des Zessionars an die Gerichtsstandsvereinbarung nach materiellen Vorschriften	208
	1. Bindung des Zessionars an die Gerichtsstandsvereinbarung im Rahmen einer Gesamtanalogie nach §§ 398 ff. BGB	208
	2. Ansprüche des Zessionars gegen den Zedenten aufgrund der automatischen Bindung	209
	a) Ansprüche des Zessionars nach § 119 Abs. 2 BGB	210
	b) Ansprüche des Zessionars aus culpa in contrahendo (cic) gem. §§ 249, 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 BGB	214
	c) Zwischenergebnis	215
V.	Anwendbarkeit des gefundenen Lösungswegs auch auf den grundsätzlich nicht-prorogationsbefugten Personenkreis des § 38 Abs. 3 ZPO	215
	1. Behandlung der Problematik in der Rechtsprechung	216
	2. Eigener Ansatz	217
	3. Form	219
	4. Zeitpunkt des Abschlusses der Gerichtsstandsvereinbarung	220
	a) Ausgestaltung der Privatautonomie durch § 38 Abs. 1 und § 38 Abs. 3 ZPO	220
	b) Privatautonomie und inhaltliche Richtigkeit des Vertrags	221
	c) Keine Richtigkeitsgewähr nach § 38 Abs. 3 ZPO abgeschlossener Gerichtsstandsvereinbarungen	223
	d) Schutz des Zessionars durch die Möglichkeit zur Anfechtung	224
	aa) Schutzbereich des Prorogationsverbots	224
	bb) Schutzbereich der gesetzlichen Zuständigkeitsordnung der Gerichte	226
	cc) Verhältnis von Nachträglichkeitserfordernis und Anfechtungsfrist	228

§ 18 Endergebnis	231
Literaturverzeichnis	233
Abkürzungsverzeichnis	249